

Haushaltsrede 200828.01.2008

Christel Gabler
CDU-Fraktionsvorsitzende
Es gilt das gesprochene Wort

Mit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU in Bund und Land wird heute deutlich, dass es seit 2005 in Deutschland wieder aufwärts geht. Mehr als eine Million weniger Arbeitslose, ein Plus von über 600 Td. sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, 2,9 % Wachstum in 2006 - nach 0,9 % im Jahr 2005 und der Bundeshaushalt ist nach Jahrzehnten wieder ausgeglichen.

Kaum ist aber ein Silberstreif am Horizont zu erkennen, wird die SPD wieder ihrem Ruf gerecht, nicht mit Geld umgehen zu können.

Aus rein wahltaktischen Gründen und aus Angst vor der Kannibalisierung von links wirft die SPD Grundlagen über Bord, die für die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum und die Haushaltssanierung verantwortlich sind. Nun wird der Sparstrumpf in die Ecke gelegt und die Spendierhose wieder angezogen.

In Nordrhein-Westfalen steht seit 2005 die Konsolidierung der Landesfinanzen mit an vorderster Stelle. Als Altlast von fast vierzig Jahren SPD-Regierung mussten über einhundertzehn Milliarden Euro Schulden übernommen werden. Die CDU - Landesregierung ist auf dem Weg zu soliden Finanzen. Die Neuverschuldung wurde halbiert, und in den vergangenen zwei Jahren gab es einhundertzwanzigtausend mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und ca. einhundertachtzigtausend weniger Arbeitslose.

Für die CDU in Land und Bund kommt immer noch das Verdienen vor dem Verteilen. So sind alle Bemühungen, die das Verdienen fördern, wichtige Investition in die Zukunft. Wann wird die SPD endlich begreifen, das sie nur das Geld ausgeben kann, was eingenommen wurde.

Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit in seiner Ausprägung als Sparsamkeitsprinzip müsste auch in Lüdenscheid im Vordergrund stehen. Doch da ist leider Fehlanzeige.

Die genannten Prinzipien zur Haushaltskonsolidierung, in den Haushaltsplänen der Vorjahre und auch in 2008 wieder nachzulesen, sind nichts als Augenwischerei. Wie in jedem Jahr werden uns die fortgeschriebenen Haushaltszahlen ohne erkennbare Bemühungen der Ausgabenreduzierung vorgelegt.

Auch in diesem Jahr liegen die Ausgaben im Verwaltungshaushalt wieder über dem Ansatz des Vorjahres.

Nach allen Veränderungslisten bleibt immer noch eine Erhöhung von 3 %, das sind rund 5 Millionen Euro Mehrausgaben.

In der Rede des BM zur Einbringung des Haushaltes 2008 war nur ein verschwindend geringer Teil dem eigentlichen Zweck, dem städtischen Haushalt, geschuldet.

Gleich zu Anfang kam der Spruch: „Die Lage des städtischen Haushalts hat sich glücklicherweise nicht weiter verschlechtert“.

Frei nach dem Motto: „Wie rede ich mir den Haushalt schön“ steht meiner Heimatstadt heute ein Bürgermeister vor, für den bei der Haushaltsführung offensichtlich Glück und Hoffnung die herausragenden Grundsätze sind.

Ich empfinde es nicht als Glück, dass sich die Stadt bei einem Schuldenstand von rund hundert Millionen Euro und einem kumulierten strukturellen Defizit von rund 11 Mio. € in der vorläufigen Haushaltsführung befindet und nicht mehr selbstständig die finanziellen Geschicke leiten kann.

Kein Wort wird über die Tatsache verloren, dass sich der Verwaltungshaushalt weiter aufbläht.

Ist ja auch unangenehm, sein eigenes unternehmerisches Unvermögen zuzugeben.

Kein Wort darüber, dass die Verwaltung auch weiterhin mehr ausgiebt als sie einnimmt und auch weiterhin über ihre Verhältnisse lebt.

Kein Wort darüber, dass der Personalkostenblock mit immerhin 37 Mio. € auch weiterhin eine erhebliche Belastung des Haushalts darstellt, wobei die zu erwartenden Lohnsteigerungen das Ganze noch um rund 1,3 Mio. € aufblähen werden.

Bei der Einbringung des Stellenplanes erfüllte es den Kämmerer scheinbar mit Stolz, einen Betrag von 130 Td. € eingespart zu haben. Dies wurde sogar in der Presse positiv dargestellt.

Als die Politik vor einiger Zeit genau solch eine Summe als Ersparnis herausgearbeitet hatte, wurde uns dies als lächerliche „Peanuts“ um die Ohren gehauen.

Wir hörten in der Haushaltsrede des BM auch kein Wort darüber, dass die Verbesserungen der Einnahmen, die es durchaus gibt, zur Schuldentilgung eingesetzt werden müssten.

Diese Verbesserungen, die nicht durch eigene Anstrengungen, sondern einzig und allein der besseren Konjunktur wegen vorhanden sind, werden im Haushalt stillschweigend verdrückt.

Und als sich eine Rückzahlung der überzahlten Mittel für den Aufbau Ost ankündigte, waren BM und SPD-Fraktionsvorsitzender fix bei der Sache, dieses Geld auch schon wieder auszugeben.

Der Sparwille, so er überhaupt vorhanden ist, war sofort vergessen. Da hatte Willi Finke in seinem satirischen Rückblick recht, als er Harald Metzger mit einem Dackel verglich, der sich keinen Vorrat anlegt, sondern die Wurst gleich vertilgt.

Für die CDU-Ratsfraktion war der Haushaltsplanentwurf 2008 schon bei der Einbringung im Dezember ein Stück Makulatur. Von „Klarheit und Wahrheit“ war dieser Entwurf weit entfernt. Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Mit der ersten Änderungsliste am 20.12. bis zur dritten am 17.1., also nur 4 Wochen später, waren auf einmal rund 8 Mio. € da, um das alte Defizit von rund 15 Mio. auf 7 Mio. zu verringern.

a sitzen hier allein 50 Ratsmitglieder die sich in den Ausschüssen die Köpfe heiß reden, da wird das ganze noch durch die Presse gejagt und dann tauchen innerhalb von vier Wochen acht Millionen Euro auf, die das ganze Zahlenwerk ad absurdum führen.

Auch die Tatsache, dass der diesjährige Haushalt von BM und SPD für ihre Zwecke instrumentalisiert wurde, lässt unser Vertrauen in die Verwaltungsspitze nicht gerade wachsen.

Ich kann mich nicht erinnern, das in der Vergangenheit ein Bürgermeister, eine Bürgermeisterin, ein Stadtdirektor oder Kämmerer so mit dem Haushalt umgegangen ist.

Gleich bei der Einbringung am 10.12.2007 wurde mit durchgestrichenen Zahlen demonstriert, wie warmherzig der Bürgermeister auf eine Grundsteuererhöhung verzichten wollte, die er in 2006 noch voll durchgezogen hätte, wenn wir ihn nicht gestoppt hätten.

Die CDU hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder auch den Forderungen der SPD nach Gewerbesteuererhöhung entgegen gestellt.

Wir werden nicht nachlassen, unseren Grundsatz „Ausgabenverringering vor Einnahmeerhöhungen“ gebetsmühlenartig zu wiederholen.

Bei vermeintlich genauer Kenntnis der Sachlage und den immer wieder auch ungefragten Ratschlägen des BM zur Konsolidierung anderer Haushalte und Geschäftsbereiche und dem Versuch, in die Finanzhoheit anderer Parlamente hinein regieren zu wollen, ist es schon fast sträflich, dass er diese Energie nicht für den eigenen Verantwortungsbereich, nämlich den städtischen Haushalt, aufbringt.

Schade, dass diese Energie für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger nicht umgesetzt wird. Aber das würde ja bedeuten, auch Mal eine Entscheidung treffen zu müssen.

Frei nach Machiavelli ist es aber viel leichter, den Schuldigen immer woanders zu suchen. Da kam der Kreishaushalt wohl gerade recht. Nehmen wir die Kreisumlage.

Im ersten Haushaltsentwurf fand sie keine Berücksichtigung mit der Begründung, ein Zeichen setzen zu wollen.

Ja, welches Zeichen wollten Sie denn setzen?

Der Hebesatz der Kreisumlage hatte sich nämlich nicht verändert. Einzig die gute Steuerkraft der Stadt Lüdenscheid war dafür verantwortlich, dass auch die Summe der Umlage gestiegen war. Ständige wurde von BM und Harald Metzger die Umlage mit dem

Altschuldenabbau und einem Überschuss des Kreises in einen populistischen Topf geworfen.

Doppelzüngig handelt Harald Metzger, der nicht nur Stadtrats- sondern auch Kreistagsmitglied ist, wenn er hier im Rat und in der Öffentlichkeit mit Halbwahrheiten Kritik an der Kreispolitik übt, die er im Kreistag selbst mit beschlossen hat.

Karl May hätte einen edlen Indianer sagen lassen, dass das Bleichgesicht Harald unbestritten „Häuptling Gespaltene Zunge“ ist. Die SPD und Harald Metzger vertrauen wohl darauf, dass diese Doppelzüngigkeit nicht aufgedeckt wird. Hier ist jemand Diener zweier Herren, wie ihn Goldoni nicht besser hätte porträtieren können.

Auch der gekünzelte Aufstand des BM ob der immer weiter steigenden Kreisumlage und das Lob der Grünen hierzu ist doppelzüngig. Er persönlich hat doch als Bundestagsmitglied mit den Grünen die Grundsicherung beschlossen, ohne dafür zu sorgen, dass auf der kommunalen Seite eine finanzielle Sicherungslinie eingezogen wurde.

War denn dem damaligen Bundestag die Alterungsentwicklung der Bevölkerung nicht bekannt? Sich jetzt aufzuregen ist einfach nur scheinheilig.

Wenn Bürgermeister, Kämmerer und der Fraktionsvorsitzende der SPD mit solchen Spielchen Zeichen setzen wollen, bin ich mal auf die Zukunft gespannt.

Ich glaube, wir haben da noch einiges zu erwarten.

Angesichts der bisher von mir aufgeführten Fakten ist stark anzuzweifeln, dass das oberste Prinzip der kommunalen Haushaltswirtschaft, nämlich eine stetige Sicherung der Aufgabenerfüllung, die nicht zu Lasten nachfolgender Generationen gehen darf, eingehalten wird.

Alle Jahre wieder verweisen wir, die CDU, nachdrücklich darauf hin, dass sich das aufgehäufte Defizit im Verwaltungshaushalt nicht von alleine und ohne unser gemeinsames Zutun auflösen wird.

Der Weg aus der Schuldenfalle setzt voraus, dass es keine Denkverbote gibt. Aufgaben und Ausgaben müssen auf den Prüfstand.

Angesichts des fortgesetzten strukturellen Defizits können wir nicht Entscheidungen in Abhängigkeit von Wahlterminen treffen. Erforderlich sind grundsätzliche und mutige Strategieentscheidungen für eine sinnvolle und langfristig auch tragende finanzielle Konsolidierung des kommunalen Haushalts.

Und ob nun die Beauftragung eines externen Beraters die Haushaltskonsolidierung nachhaltig voranbringt, wird sich zeigen.

Wir alle haben nämlich kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.

Wenn dieser Wille zur Umsetzung auch unpopulärer Maßnahmen nicht vorhanden ist, werden wir gleich in der nichtöffentlichen Sitzung viel Geld rückstandslos vernichten.

Seit 2004 wird die von der CDU angemahnte und durch mehrere Anträge dokumentierte Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Lüdenscheid systematisch torpediert und auch verhindert. Bei der Hälfte der Ratsmitglieder ist der Konsolidierungsgedanke nur sehr gering oder gar nicht ausgeprägt. Das strukturkonservative Verhalten mit dem „weiter so wie bisher“ treibt die Finanzen weiter ins Defizit.

Mit dem Haushalt 2009 wird die neue Systematik des Buchungssystems NKF die Stadt Lüdenscheid kurzfristig ohne Defizit glänzen lassen. Das ändert aber nichts daran, dass auch weiterhin mehr ausgegeben als eingenommen wird. Es wird zum stetigen Werteverzehr kommen, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.

Dieser Rat ist aber auch in der Lage, durch Kompromissbereitschaft vernünftige Dinge auf den Weg zu bringen.

Zur Politik des Kompromisses, ohne die keine echte Demokratie gestaltet werden kann, gehört die Bereitschaft, die Interessen der anderen Seite zu verstehen und die Verhandlung nicht zu einem Machtpoker entarten zu lassen. Im Wörterbuch findet man das Wort Kompromiss nahe bei Konflikt und Konsens und in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns, wenn ein Kompromiss verhandelt wird. Ein schönes Beispiel für einen gelungenen und alle Seiten befriedigenden Kompromiss stellt die Vereinbarung zur Sprachförderung dar.

Ursprünglich als Einzelförderung für eine nicht fassbare Zahl von Kindergartenkindern gedacht, die die Sprachstandserhebung knapp bestanden haben, wurde letztendlich ein Kompromiss gefunden, der sowohl den Qualitätsaspekt wie auch das nachhaltige Wirken der eingesetzten finanziellen Mittel im Elementarbereich berücksichtigt. Er kommt jetzt allen Kindern in den Lüdenscheider Kindertagesstätten zugute.

12.000 € stellen wir für die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern im Bereich der Sprachförderung in den Haushalt ein, um eine flächendeckende Versorgung in den Lüdenscheider Kindertagesstätten zu erreichen.

Dieses Ziel wird nicht von heute auf morgen zu erreichen sein, aber ein Anfang ist gemacht, um die schon bestehende Qualität der Sprachförderung in unseren Kindergärten dauerhaft auf einem hohen Niveau zu halten.

Für diesen Kompromiss mussten sich alle Beteiligten bewegen und ihren jeweiligen Standpunkt einer kritischen Analyse unterziehen. Das sie es getan haben, spricht für die Ratsfraktionen und ihr Verständnis von gestaltender Kommunalpolitik.

Weiterhin ist es uns auch bei den Lichttrouten gelungen, eine vernünftige Lösung zu finden. Wohl wissend, dass alle freiwilligen Leistungen auch schon heute auf dem Prüfstand stehen müssen war man sich einig, dass die Lichttrouten zwar ein Baustein der „Stadt des Lichtes“ sind, die Kassenlage aber die Durchführung nur einen größeren Zeitabstand zulässt. Hier finde ich, waren wir mutig und vernünftig zugleich.

Trotz aller finanziellen Probleme geht das Leben in unserer Stadt aber weiter. Die gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen machen auch vor Lüdenscheid nicht halt. Einen Teil der gesellschaftlichen Veränderungen drückte der Schriftsteller Graham Green mit den Worten aus: „Früher war die Familie eine Tankstelle, heute ist sie eine Garage“.

Ein Großteil der Gesellschaft will heute die Institutionalisierung der Kindererziehung. Dies kann es aber nicht zum Nulltarif geben. Die hohen Forderungen nach Qualität und Flexibilität der Einrichtungen beinhalten auch eine finanzielle Veränderung, die der Staat bzw. die Kommune nicht allein tragen kann. So werden die jetzt getroffenen Veränderungen durch das neue Kinderbildungsgesetz ihre positiven Entwicklungen nehmen. Die Forderung der Eltern nach Flexibilität und qualitativem Standard in unseren Kindertagesstätten wird erfüllt. Inzwischen gibt es eine Beitragsstaffel die dem neuen Kinderbildungsgesetz so gerecht wie möglich gegenüber steht. Enger und sozialer gestaffelt muss nach einer gewissen Anlaufzeit eine Prüfung stattfinden, die eventuell noch Korrekturen zulässt.

Alle Aufgeregtheiten und Panikmache ob des ins uferlos nach oben schießenden Elternbeitrages waren unbegründet. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Erzieherinnen und Erzieher in unseren Einrichtungen die Veränderungen, und zwar die sich aus den verändernden Lebensplanungen ergebende notwendige Flexibilität, meistern werden.

Die CDU unterstützt auch weiterhin die Kernidee des Lokalen Bündnisses, das Thema „Familie“ in das Zentrum der Stadtentwicklung zu rücken. Familien müssen, um bei dem Wortspiel zu bleiben, Tankstellen bleiben oder wieder Tankstellen werden.

Die Erweiterung der Kindertagesstätten zu Familienzentren ist ein weiterer sinnvoller Veränderungsschritt.

Will man dem einzelnen Kind wirksam helfen, muss man dessen Situation in der Familie in den Blick nehmen. Die schrecklichen Vorfälle im vergangenen Jahr haben gezeigt, dass solche Hilfen von existenzieller Bedeutung sind. Die frühzeitige aufsuchende Hilfe ist wahrscheinlich der beste Weg. So ist es für uns selbstverständlich, dass der ASD mit einer zusätzlichen Stelle verstärkt wird.

Im Bereich der Kindergärten ist es erfreulich, dass das Land der Finanznot der kirchlichen Träger begegnet und somit deren nicht fortzudenkenden Trägerschaften absichert.

Es stößt aber allgemein auf Unverständnis, dass es trotzdem zu Schließungen von kirchlichen Kindergärten kommen soll.

Dies löst bei mir großes Unverständnis aus, habe ich doch die beschwörenden Worte kirchlicher Würdenträger zum Status von Familien und Kindern in den letzten Wochen, gerade zu Weihnachten, noch in den Ohren.

Das neue Schulgesetz bringt für die Stadt als Schulträger viele Veränderungen. Ich nenne nur den gesetzlichen Wegfall der Schulbezirke für die Grundschulen ab 2008. Strittig war lediglich, wie sich der Wegfall der Schulbezirke auswirkt.

Die Veränderungen, das zeigte nun die Praxis, waren am Ende konstruktiver als die vorab an die Wand gemalten Schreckensgemälde.

Da sich der Bedarf eingestellt hat, bekommt nun auch die Erwin-Welke-Schule den Ausbau für den Ganztagsbetrieb. Es muss eine große Summe gestemmt werden, die nicht einfach so im Haushalt vorhanden ist und aus der Schulpauschale genommen werden muss.

Da danke ich den übrigen Schulen für ihre Solidarität.

Am Vogelberg wird auch dem Anliegen aller Parteien Rechnung getragen, indem zusätzlich ein Jugendraum entsteht, der es ermöglicht, jugendnahe Angebote vorzuhalten.

Die bessere Verbindung von Beruf und Familie ist eminent wichtig. Es geht dabei auch darum, Arbeitsplätze in der Stadt zu halten bzw. neue zu generieren. Natürlich kann Politik keine Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, aber die Rahmenbedingungen einer Kommune müssen stimmen. Dafür sind wir verantwortlich. Wir müssen uns an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, die in unsere Stadt ziehen und hier leben und arbeiten wollen.

Für eine positive Entwicklung unserer Stadt in der nahen und fernen Zukunft bis zum Jahr 2020 bereitet seit September letzten Jahres ein Lenkungskreis die Arbeiten für einen neuen Flächennutzungsplan vor. Hier wurde und wird über die wichtigen Themen „Demografie“, „Wohnen“, „Gewerbe“ und „Freiraum“ in qualitativer und quantitativer Hinsicht diskutiert, um unsere Heimatstadt auch für folgende Generationen liebens- und erlebenswert zu erhalten und fit für die Zukunft zu machen. Erfreulicherweise zeigt sich, dass der Lenkungskreis dank der sehr guten Zusammenarbeit der Verwaltung, des externen Büros „Wolters & Partner“ und der Politik unter Hinzuziehung sogenannter themenbezogener Experten äußerst gut voran kommt und sich nicht in langatmigen Diskussionen verrent.

Nach langen Verhandlungen und schwierigen, juristischen Abwägungen ist es uns im letzten Jahr auch gelungen, in der Energiepolitik für die Zukunft die richtigen Weichen zu stellen.

Die zu hundert Prozent gelungene Kooperation Stadtwerke Lüdenscheid und Mark E unter dem Dach der neu gegründeten SEWAG sichert Effizienzsteigerung und Wachstum. Nur in diesem Verbund sind die Stadtwerke Lüdenscheid als regionaler Anbieter von Energie für die Zukunft gerüstet.

Ein weiterer positiver Schritt für Lüdenscheid ist das Bemühen von Bernd Schulte, einen Standort der Fachhochschule Südwestfalen in unserer Stadt zu etablieren. Die heimische Wirtschaft benötigt in der Zukunft dringend qualifizierte Ingenieure und technische Fachkräfte. Aufenthalt oder sogar Zuzug von jungen Menschen würde unserer Stadt gut tun. Wir sollten wünschen und hoffen, dass die Bemühungen von Bernd Schulte von Erfolg gekrönt werden.

Auch die noch unter CDU – BM Schmidt begonnene Innenstadtsanierung nimmt nun langsam bei ihrer Vollendung Gestalt an. Im Augenblick ist es für die Bürgerinnen und Bürger ganz schön nervig, die Baustellen in ihrer massiven Gesamtheit zu ertragen. Aber auch das hat bald ein Ende.

Ich bin stolz darauf, dass die CDU bei der Gestaltung des neuen Gebäudes mit ihrer Standhaftigkeit das Entstehen der größten Keksdose des Sauerlandes verhindert hat.

Da bin ich immer wieder aufs neue erstaunt über die SPD. Auf der einen Seite propagiert ihr Fraktionsvorsitzender weltmännisch Vorschläge zur Entwicklung unserer Stadt, auf der

anderen Seite schreckt er nicht davor zurück, einen prägenden Neubau in der Stadtmitte mit Blech verkleiden lassen zu wollen.

Das Vertrauen der CDU in eine solide Haushaltsführung durch die Verwaltungsspitze ist gestört. Es bleibt ein großes Unbehagen. Der Haushalt ist weiter aufgebläht. Die Verbesserungen sind nicht dem eigenen Können sondern ausschließlich den positiven Veränderungen von außen geschuldet.

Die parteipolitische Instrumentalisierung durch die SPD findet nicht unsere Zustimmung.

Die CDU-Ratsmitglieder stimmen heute dem reinen Zahlenwerk zu. Wir dokumentieren damit trotz allem unsere gesellschaftliche Verantwortung, die uns bei der Übernahme des Mandates übertragen wurde.